

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

Demonstration mit vielen Menschen, aber ohne die großen Organisationen

Am 3. Juni war es soweit: Insgesamt über 20.000 Menschen marschierten durch Berlin. Die Fülle der bunten Transparente und anderer Materialien, T-Shirts der Überflüssigen und ähnlich treffende Symbolisierungen machte die Forderungen und Inhalte, Herkunft der Demonstrierenden usw. deutlich. Wirklich aus der gesamten Bundesrepublik waren die Menschen - zum großen Teil ALG-II-Empfänger, Hartz IV-Opfer sozusagen, aber auch andere - mit Bussen, Wochenendticket und auch einem Sonderzug aus Nordrhein-Westfalen nach Berlin gekommen.

Die Demonstration war ein Erfolg: Im Vorfeld der Demonstration waren keine Großorganisationen wie Gewerkschaften, Sozialverbände, Parteien oder auch das globalisierungskritische Netzwerk attac davon ausgegangen, dass eine solche Mobilisierung möglich wäre. Aus Furcht vor einem Misserfolg reagierten sie auf die Ankündigung der Demo wie mit angezogener Handbremse. Angesichts der Verstöße gegen die Menschlichkeit durch die deutschen Regierungen der letzten Monate, mindestens seit 2005, unter der unter anderem Hartz IV-Opfer, aber nicht nur sie, leiden, blieb aber nichts anderes übrig, als sich zu bewegen.

Die Sozialproteste haben deshalb alles auf eine Karte gesetzt: Viele kleine Organisationen, nämlich ein Netzwerk von Menschen in allen möglichen Organisationen, an vielen Orten und einige kleinere Organisationen

hatten diesen gemeinsamen Willen in die Tat umgesetzt.

Und dieser gemeinsame Wille war so stark, dass auch die gewalttätigen Störungen durch die Polizei die ge-



meinsame Demonstration nicht gefährden konnten. In den Medien und auch in dieser Ausgabe (S. 3) wird über die polizeilichen Störmanöver und Angriffe berichtet.

Diese Demo geht an niemandem spurlos vorbei, die ausgelöste Dynamik wird den Widerstand im Herbst noch einmal verstärken: In der Regierung befinden sich alle bisher großen gesellschaftlichen Kräfte, so dass es einige Zeit brauchte, bis diese Allianz von Konservativen und Sozialdemokraten in ihrer Allmacht überhaupt angezweifelt werden konnte: Die

Vorstände einiger Sozialverbände (Arbeiterwohlfahrt, Diakonische Werke und Deutsches Rotes Kreuz) haben sogar Mitte Mai weitere Verschärfungen bei Hartz IV gefordert und dadurch dem Fortentwicklungsgesetz Schützenhilfe geleistet. Jürgen Gohdes, Vorsitzender der Diakonischen Werke, musste nun wegen seines Verhaltens seinen Hut nehmen. Hoffen wir, dass weitere Schreibtischtäter so in die Klemme geraten werden, damit diese Einrichtungen, die der Menschenwürde verpflichtet sind, wieder ihre Arbeit tun können!

Schluss mit den Lügen!

Im Grunde genommen ist es leicht zu verstehen, dass die Interessen der Erwerbslosen und der Erwerbstätigen beinahe die gleichen, die der Arbeitgeber, der Aktionäre und der Parlamentarier der regierenden Parteien aber entgegengesetzt sind: Die einen haben ein Interesse an gerecht entlohnter Arbeit oder auch, wenn diese ausbleibt, an einem wirklich menschenwürdigen Grundeinkommen als individuellem Anspruch. Und sie haben Interesse an einem gut ausgestatteten Sozial- und Gesundheitssystem. Die anderen haben ein Interesse an niedrigen Löhnen, geringen Steuern für Vermögende und daher niedrigen Haushaltsausgaben für soziale Zwecke. In den Medien, die das Netzwerk der Kapitalbesitzer in den letzten Jahren immer dreister für seine Zwecke genutzt hat, wird dieser Zusammenhang verschleiert, verdreht
(Fortsetzung auf Seite 11)

Seite 2 und Seite 3

Am 03.06.2006 in Berlin -
Berichte von unserer Demo

Seite 4

Wie im deutschen Bundestag gearbeitet wird

Seite 5

Blicke in die Zukunft. Wie es einmal aussehen könnte.

Seite 7

Falsche Angaben zum ALG II in den Medien

Unsere Rednerin in Berlin

Wir Montagsdemonstranten aus dem ganzen Land begrüßen alle anderen Mitstreiter und Gäste aus allen Ländern.

Die Politiker und die Medien wollen uns tot schweigen. Aber wir sind da,

len beweisen, dass sie nicht mit ihren Mitbewohner oder Untermieter ins Bett gehen. Die bloße Behauptung, dass eine Einstandsgemeinschaft nicht bestehe, reicht zur Widerlegung nicht aus. So kann es passieren, dass reine Wohngemeinschaften als Bedarfs-

Die Regelungen „Sofortangebot für Kunden ohne bisherigen Leistungsbezug werden eingeführt. Damit gemeint ist, potenziellen Antragstellern zunächst eine „Maßnahme“ anzubieten, bevor sie einen Antrag ausgehändigt bekommen, geschweige denn Leistungen erhalten. Lasst nicht zu, dass Politiker die Arbeitslosen als Parasiten, Abzocker und Sozialschmarotzer beleidigen.

Bei einem Umzug ohne Zustimmung darf die Miete nicht höher sein, denn dann werden die Mehrkosten nicht übernommen.

Das sind nur ein paar Beispiele. Wir Brandenburger Protestbewegungen beschlossen beim sechsten Treffen, in Zukunft gemeinsam unter dem Namen „Soziale Bewegung Land Brandenburg“ zusammen zu arbeiten und zusammen zu kämpfen. Das Gesetz Hartz IV, Agenda 2010, Billiglöhne, Rentenkürzungen, die geplante Mehrwertsteuererhöhung haben das Fass zum Überlaufen gebracht.

Wir klagen die Regierung an; eine große Schicht der Bevölkerung verarmt, es wird hungemde und obdachlose Bürger geben. Die Kinderarmut müsste bestraft werden.

Heute stehen wir hier in einem gemeinsamen Block und sagen: „Dieses Land braucht Widerstand“. Bei der gemeinsamen Brandenburger Demo in Jüterbog zeigten wir unsere geballte Kraft und den Zusammenhalt, denn wir sind Freunde fürs Leben.



wir sind Realität und wir lassen uns auch in Zukunft nicht den Mund verbieten. Wir sind das Volk, die CDU und die SPD sollen wieder lernen, was Angst heißt. Unter dem Namen „Aktionsbündnis Sozialproteste“, arbeiten wir bundesweit zusammen. Der Protest geht weiter, diese unsoziale Politik muss bekämpft werden. Darüber sind sich alle einig.

Optimierungsgesetz heißt das neue Zauberwort bei der Regierung.

Für mich heißt das offener Strafvollzug. Wenn es an der Haustüre klingelt könnte es die Hartz - VI - Stasi sein. Dafür wird ein spezieller Außendienst zum Bespitzeln der ALG - II - Empfänger eingestellt. Die Schränke werden durchsucht, die Zahnpfutzbecher gezählt und vieles mehr. Aber auch der Telefonterror nimmt kein Ende. Wir werden wie Schwerverbrecher ausspioniert und überwacht, das muss aufhören.

Die eheähnlichen Gemeinschaften stehen auch unter Beschuss. Diese sol-

gemeinschaften berechnet werden.

Die Sanktionen sollen drastisch verschärft werden. Wir Bürger werden noch mehr verklavt, ausgebeutet und bei dem geringsten Widerstand mit Sanktionen bestraft. Herr Müntefering sagte vor kurzen, nur wer arbeitet, soll auch essen. Meine Meinung ist, wenn er uns Arbeitslose aushungern will, wird er unseren Zorn zu spüren bekommen.

Birgit Kühr

E-Mail birgit-kuehr@online.de
<http://buergergemeinschaft-gegen-sozialabbau-ev-angermuende.de/>

interessante Fotos auch unter <http://www.demos.owlgegensozialabbau.de>

Die wahren Werte

Während die Franzosen auf den Straßen herumpöbelnd moderne Möglichkeiten der Kündigung verhindern, lassen wir Deutschen solche Nebensächlichkeiten laufen, widmen uns den wahren Dingen der Welt.
Kahn oder Lehmann im deutschen Tor.
Das ist hier die Frage

Knut Becker

Die Demo am 03.06.2006 in Berlin

Ein Augenzeugenbericht der Polizeiübergriffe



(Görlitz) Das Wetter war nicht sonderlich gut, es regnete und wer keinen Schirm hatte, war auch schnell nass bis auf die Haut. Aber diese Herzlichkeit und gute Organisation ließen schnell alle Nässe und Regen vergessen. Hervor zu heben ist im Besonderen, dass die Teilnehmer der Demonstration nicht nur Hartz IV – Geschädigte sondern dass alle Altersgruppen vertreten waren. In den Medien gab es wie immer unterschiedliche Aussagen über die Teilnehmerzahlen, sie reichten von 1.200 bis 5.000 Personen. Wer allerdings bei dieser Demonstration anwesend war, weiß dass diese Aussagen vollkommen unwahr sind. Die offizielle Angabe lautet 15.000 – 20.000 Teilnehmer, wobei auch diese Zahl sicher unter der tatsächlichen liegt.

Schon zum Beginn der Demonstration wurde durch die Polizei verhindert, dass sich der Zug in Bewegung setzen konnte, eine besondere Begründung gab es eigentlich nicht. Hier wurde die Willkür, mit der die Polizei die Demonstration schwächen, bzw. illegal auflösen wollte, schon mehr als deutlich. Durch beherzten Einsatz der Organisatoren wurde der Demonstrationsoffensivzug an den Polizeikräften vorbei geleitet. Das war keine Provokation unsererseits, sondern unser verbrieftes Recht, diese Demo beginnen zu lassen.

Es waren noch nicht alle Demo-Teilnehmer auf der vorgegebenen Route, da erfolgte schon ein erster Übergriff der Polizei. Sie versuchten mit unglaublicher Brutalität in den Reihen der Alternativen Bewegung Transparente zu entfernen. Diese Transparente hatten keinen volksverhetzenden Inhalt, die Aufschriften waren so gestaltet, das sie in einem demokratischen Staat auch offen gezeigt werden können. Leider liegt keine genaue Information vor, welchen Grund der brutale Übergriff der Polizei hatte. Es war nur ein weiteres Indiz dafür, dass diese Demonstration um jeden Preis geschwächt werden sollte. Glücklicherweise ging diese Rechnung nicht auf.

Die Spitze der Brutalität der Polizeikräfte erfolgte jedoch auf der Oranienburger Straße, Ecke Tucholskystraße. Mit ca. 30 Personen griff die Polizei in die friedliche Demo mit Schlagstöcken und Pfefferspray ein. Sie stürmte



in den Block zwischen IG Metall, der Linkspartei.PDS und den Alternativen. Es wurde keine Rücksicht auf ältere Teilnehmer oder Kinder genommen. Die Schlagstöcke der Polizei trafen die Menschen wahllos. Wer Augenzeuge dieses sinnlosen und provokativen Eingriffs der Polizei in eine friedliche Demonstration war, konnte sehen, wie weinende Kinder von ihren Eltern beruhigt und wie bei älteren Menschen medizinische Hilfe geleistet wurde. Durch Sprechchöre wie „Bullen raus“ oder so wie es auch den Anschein hatte, „Nazis raus“ konnte die Polizei dazu bewegt werden, sich wieder aus dem Demonstrationsoffensivzug zu entfernen. Teilnehmer dieser Blöcke gingen mit langsamen Schritten auf die Polizeikräfte zu, ohne Gewalt einzusetzen – Gewalt

lag nur von Seiten der Polizei vor! Aber nicht, dass es das Ende der Polizeiübergriffe gewesen wäre, das provokative Auftreten erfolgte ebenfalls auf dem Platz der Abschlusskundgebung vor dem Roten Rathaus. Über die Lautsprecheranlage wurde die Polizei mehrfach aufgefordert sich aus der Demonstration zu entfernen und ihre provokative Haltung gegenüber den Teilnehmern aufzugeben. Es ist logisch, dass sich bei manchen Heißspornen unter den Teilnehmern der Demonstration mit der Zeit Wut aufgebaut hat und sie am liebsten die Gewalt mit Gegen Gewalt beantworten wollten. Das wurde jedoch durch beherzten Einsatz der Ordner mit beschwichtigenden Worten verhindert. So blieb die Brutalität auf Seiten der Polizei.

Fazit: Der Einsatz der Polizei war in diesem Maße weit überzogen. Als Teilnehmer der Demo entstand der Eindruck, dass wir in einem Polizeistaat leben, der mit allen Mitteln versucht, soziale Bewegungen schon im Keim zu ersticken. Das Einschreiten in den Block der Linkspartei.PDS kann auch als Angriff auf eine regierende Partei, also als einen Angriff auf den eigenen Staat interpretiert werden. Solche überzogenen und brutalen Einsätze lässt den Respekt gegenüber der Staatsmacht bis zum Minimum abschmelzen. Die Annahme, sollte solches Handeln gegenüber sozialen Protesten Schule machen, dass dann französische Verhältnisse die Norm werden, ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Wenn allerdings regierende Politiker gegenüber dem Volke Respekt und Moral beweisen und dem Sozialabbau endlich einen Riegel vorschieben, werden solche Demonstrationen der Vergangenheit angehören. Alles in allem war die Demonstration am 3.Juni 2006 eine gelungene und gut organisierte Veranstaltung. Nur Petrus bekommt die „gelbe Karte“, da er dem Nass von oben Vorrang gab. Einen herzlichen Dank an alle Organisatoren.

Uwe Birkner

Unsere Eindrücke bei der Anhörung

Expertenanhörung im Deutschen Bundestag am 29.05.2006 zum
Fortentwicklungsgesetz zum ALG II



(Höxter) Die Anhörung fand im Fraktionssaal der Union von 12 Uhr bis 14 Uhr 30 statt. Anwesend waren alle Fraktionen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, vertreten durch die Ausschussmitglieder für Arbeit und Soziales.

Als so genannte Experten waren Vertreter der BfA, des Bundesverbandes der Kommunalen Spitzen - Verbände, der Bundesverband der Arbeitgeber, DGB, Institut für Wirtschaft, der Arge Köln, Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und von der Linksfraktion geladen, eine Vertreterin von BAGSHI. Damit war erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik eine Lobby der Erwerbslosen in den Bundestag eingeladen.

Die Fragezeit und die Reihenfolge wurden durch die Fraktionsstärke bestimmt. Die Fragen der Unionsabgeordneten drehten sich ausschließlich um eine Verschärfung der Kontrolle der ALG II - Empfänger und die Verschärfung der Sanktionen. Dies wurde von den Kommunalen Spitzenverbänden und dem BDA ausdrücklich begrüßt. Der DGB, das IFW und die Paritätischen hielten das nicht für besonders hilfreich.

Die SPD - Fraktion hieb in die gleiche Kerbe, wenn auch Frau Nahles ein
Seite 4

paar kritische Fragen stellte, welche wohl nur Alibifunktionen hatten, wie sich nun heute herausstellte.

Die FDP - Fraktion frönte Ihrem Hobby, die Bundesagentur für Arbeit abzuschaffen, und stellte die Pannen bei der BfA in den Mittelpunkt ihrer Fragen.

Die Linksfraktion ging bei Ihren Fragen auf die Auswirkungen einer Verschärfung des Fortentwicklungsgesetzes für die Betroffenen ein und gab BAGSHI die Möglichkeit, sich zu äußern. Wichtig im Zusammenhang mit Missbrauch war die Frage an die BfA und die Kommunalen Spitzenverbände, wie hoch denn der Missbrauch wäre und ob es dazu konkrete Zahlen gäbe. Sowohl BfA als auch die Kommunalen Spitzenverbände mussten zugeben, dass es keinerlei Zahlen oder Erhebungen gäbe, die den Missbrauch belegen könnten.

Die Grünen - Fraktion blieb mit ihren Fragen irgendwo im Niemandsland



stecken und bezog keinerlei Stellung zu den Verschärfungen.

Alles in Allem war es eine Anhörung, die nur dazu diente, der schon feststehenden Verschärfung für die ALG II - Bezieher ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Vor allem die Vertreter der BfA und der Kommunalen Spitzenverbände brachten bei Fragen der Union und der SPD tiefere Verschärfungen an den Mann bzw. an die Frau. Bei den konkreten Fragen der Linksfraktion wichen beide Vertreter aus, sie redeten viel und sagten nichts. Das Publikum äußerte mehrfach seinen Unmut über die Entgleisungen mancher so genannter Experten und wurde mehrfach vom Ausschussvorsitzenden ermahnt und zur Ordnung gerufen. Als einige der Zuschauer ein



v. l. n. r. Margit Marion Mädel, Thomas Mädel, Wolfram Vorwerk

Transparent mit der Aufschrift „Arbeitslos aber nicht wehrlos“ entrollten, wurden diese von der Polizei aus dem Saal gedrängt.

Im Großen und Ganzen eine interessante, aber nutzlose Veranstaltung für die ALG II - Empfänger.

Thomas und Margit Marion Mädel

Wie diese Gesellschaft zu verändern wäre (Teil 1)

Bei Einhaltung des Grundgesetzes - Gedanken eines Einzelnen

Wir sollten nicht nur über die Abwehr der Agenda 2010 und ihrer Folgen reden und Aktionen dazu führen. Dies ist eine Verteidigungsstrategie, bei deren Durchführung wir uns maximal dort freuen, wo es gelingt, die Angriffe des Neoliberalismus in ihrer Wirksamkeit zu mindern. Dauerhafte Erfolge werden wir so nicht erzielen. Wir müssen diese Gesellschaft verändern. Sonst bleibt alles Stückwerk, was wir tun.

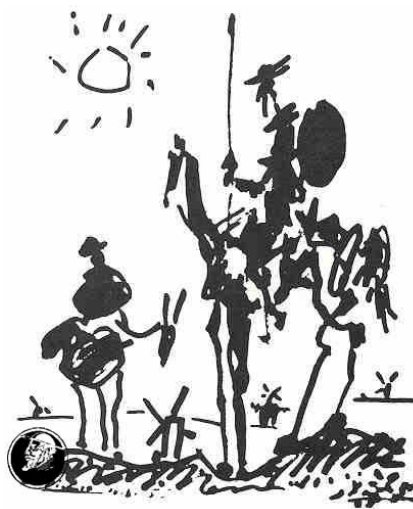
Ich bin der Meinung, dass das ohne starke Einschnitte und ohne Massenbewegungen nicht geht. Dabei will ich die Revolution vermeiden, ihr mit einer Reform zuvorkommen, welche die Menschen unterstützen. Stark vereinfacht läuft meine Vorstellung auf einen Mittelweg zwischen dem bestehenden Kapitalismus und einem „Sozialismus von DDR-Prägung“ hinaus. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden ähnliche Vorstellungen „Konvergenztheorie“ genannt.

Bekanntlich hat Karl Marx die „Expropriation der Expropriateure“ als einzig gangbaren Weg zur Veränderung des Kapitalismus genannt. Herausgekommen bei dieser konsequenten Enteignung ist aber mit Stalins Wirken ein Superstaat mit einem einzigen Monopolbetrieb. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion fungierte als Aufsichtsrat, die Regierung der Sowjetunion als Vorstand dieses Konzerns. Dem Machtmissbrauch der ehemaligen Revolutionäre, bzw. ihrer nachrückenden Ja-Sager waren Tür und Tor geöffnet, die sozialistischen und kommunistischen Losungen, Ideale, selbst ihre teilweisen Anwendungen verkamen zur Tarnung eines einzigartigen staatsmonopolistischen Kapitalismus, Partei und Gewerkschaft zu Erfüllungsgehilfen des Aufsichtsrates.

Auf dem von Marx gewiesenen Weg funktionierte die Veränderung der Gesellschaft also nicht.

Ich habe mich meines Philosophiestudiums erinnert und daran, dass Ari-

stoteles das griechische Philosophiegebäude abschloss mit seiner Lehre vom rechten Maß. Er bezeichnet z.B. den Mut als das rechte Maß zwischen Tollkühnheit und Feigheit zur Sicherung des eigenen Lebens. Nehme ich die Eigentumsverhältnisse des heutigen Kapitalismus und die des gescheiterten Sozialismus als Extreme, finde



ich „das rechte Maß“ mit meiner Beschreibung im „Antimeudalistischen Manifest“ bzw. im Text „Für eine wirkliche Reform“. (Sie sind auf meiner Website www.jukbuschendorf.de nachzulesen.)

Ich schreibe dort vom Eigentum:

1. Niemand wird enteignet.
2. Jeder bleibt Besitzer von dem, was er schon hat, **aber**
 - die **persönliche Verwertung großer Vermögen und Einkommen wird stark eingeschränkt** (auf das 20fache des Durchschnittseinkommens),
 - die Verwertung im Finanzmarkt (Spekulation) wird erheblich eingeschränkt.

Damit erkenne ich Reichtum in der Gesellschaft grundsätzlich an, beschränke aber die Möglichkeit, ihn unbegrenzt zum Schaden der übergroßen Mehrheit anzuwenden. Einkommensunterschiede werden akzeptiert, aber ihr heutiges „Unmaß“ wird beseitigt. Das betrifft den heutigen Geldadel, die Superreichen, die Meudalisten. Auf

ihre, und nur auf ihre Kosten geschieht die Veränderung der Gesellschaft, das heißt auf Kosten von 5 – 10% der Bevölkerung.

Neu bewerte ich auch den Begriff der „Freiheit“, des „Liberalen“. Während er heute gebraucht wird als Freiheit der Monopole, alles zu tun, was dem „shareholder value“ nutzt, halte ich mich an Rosa Luxemburgs Forderung: **Freiheit des Einen hört dort auf, wo sie die Freiheit des Anderen begrenzt.** Während der heutige Gebrauch des Begriffes „Freiheit“ geradewegs in die Anarchie und damit zum „Recht des Stärkeren“ führt und sämtliche historisch gewachsene Moralvorstellungen bricht, betont Rosa Luxemburg die Solidarität und damit die **Freiheit aller Menschen.**

Um solches Gedankengut zu verbreiten, ist es notwendig mit dem falschen Gebrauch der Begriffe aufzuräumen. Die Lobby der Superreichen arbeitet heute in Anlehnung an Kurt Tucholskys Feststellung „Die schlimmste Lüge ist die Wahrheit – mäßig entstellt.“ Gelingt es, die heute im allgemeinen Sprachgebrauch eingetretenen Entstellungen zu berichtigen, gibt es alle Möglichkeiten, eine Massenbasis für Veränderungen, für eine „wahrhafte Reform“ zu schaffen. Ohne diese Massenbasis wird es nicht gehen, nur selten ist in der Geschichte eine solche Veränderung allein auf elitärer Grundlage gelungen.

Was soll herauskommen? Sträflich vereinfacht: Die Bundesrepublik mit ihren Eigentumsverhältnissen und ökonomischen Potenzen von 1989, ergänzt mit der „sozialistischen Tarnung“ der DDR bis 1989, diese finanziert auf Kosten der 5 – 10% Superreiche der heutigen Gesellschaft – ohne diese zu enteignen, nur durch Entzug der übermäßigen privaten Verwertung ihrer Einkommen.

Die Methode sollte eine allmähliche, reformartige sein. Heute geht das noch.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Diese Regierung hat fertig!

(Gotha) Von Schuldenabbau keine Rede, Stabilitätskriterien werden schon lang nicht mehr erfüllt, sollen gar aufgeweicht werden. Keinen müden Euro in der Tasche erhalten soziale Projekte keine oder deutlich weniger Gelder. Der Rechtsextremismus erstarkt, aber die dagegen sind müssen auf finanzielle Unterstützung warten bis sie kaputt gespart wurden.

Kleine Verbesserungen, wie die ALG II – Angleichung werden gefeiert ohne Ende. Das von diesem Geld wohl spätestens nächstes Jahr nicht nur nichts übrig ist, sondern auch noch mehr verschwindet, darüber geht man mit Schweigen hinweg.

Wenn dieser Staat Geld haben will, holt er es sich fast immer bei den Armen, bei Arbeitslosen, bei Rentnern oder Kindern. So lange sich diese nicht massiv wehren, ist das sicher auch der bequemste Weg.

Moralische Bedenken hat kaum einer der Leute, die für CDU oder SPD im Bundestag sitzen. Ihnen geht es gut und dank ihrer Politik auch der Groß-

industrie. Beutelschneiderei wurde im Mittelalter noch bestraft.

Der Mensch auf der Straße weiß mehr über Politik als diese Regierung. Wenn man schon mit Mitte 40 als schwer vermittelbar auf dem Arbeitsmarkt gilt, was soll dann eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67? Möchte man der Jugend auch noch die letzte Chance auf Arbeit nehmen? Einsparungen bei der Rente jedenfalls werden durch höhere Ausgaben beim ALG II mehr als kompensiert.

Konzepte, die greifen würden, gibt es jedenfalls nicht. Alles was bisher gemacht wurde, ging in die Hose.

Dabei wäre manches machbar, wie ein Blick über den Tellerrand (sprich: Grenze), egal ob in Richtung Norden, Süden oder Westen, zeigen könnte. Aber niemand ist wirklich bereit, diesen Blick zu riskieren. Stattdessen wird gebetsmühlenartig die Alternativlosigkeit des Vorgehens gepriesen. Selbst die Medien tragen diese Ansichten mit und berichten über das Sozialschmarotzertum ohne zu hinterfragen.

Die wahren Schmarotzer sitzen in Berlin, sie bekommen viel Geld ohne eine adäquate Leistung dafür. Oder sie sind schon im Kurzausflug, wie eine Abstimmung letztes zeigte.

Wenn schon nicht mehr nur Linke sagen, dass das so nicht ist, sollte man doch wenigstens die eigenen Entscheidungen in Frage stellen. Aber Gehirn scheint Mangelware zu sein und ist wohl auch auf dem freien Markt nicht erhältlich. Über 60 Jahre hat sich dieser Staat in bildungspolitischer Inzucht stets aus sich selbst reproduziert. Was will man da erwarten? Innovative Ideen haben höchstens noch in der Wirtschaft eine Chance.

Angela lässt sich von Bush vorführen, merkt es nicht mal und freut sich über die Verbesserung der Beziehungen. Wie krank ist diese Regierung?

Wir brauchen endlich auf den Straßen französische oder italienische Verhältnisse, die der Regierung die Grenzen aufzeigen oder sie hinwegfegt.

Max Graffunda

Kurz vorgestellt: Edgar Schu (Mitglied im Koordinierungskreis - KoKreis - des ABSP)



geboren: 25.7.1969
Schulbildung: Abitur im Jahre 1988
Beruf/Ausbildung: Studium der Chemie (Diplom im Jahre 2001)
Wohnort: Göttingen
Aktivitäten: Vernetzungsbüro des Aktionsbündnis Sozialproteste in Göttingen, Früher: Anti-Atom-Bewegung, antifaschistische Politik, Engagement gegen Verschärfungen in den Universitäten (u. a. gegen Studiengebühren), seit 2003 zunehmend soziale Frage, seit Frühjahr 2005 intensiv im ABSP engagiert, seit Juni am ersten Wiederaufbau und als Vernetzungsbüro beteiligt. In Göttingen in verschiedenen Gruppen: Bündnis Montagsdemo, Sozialforum, seit Mai 2006 ver.di - Erwerbslosenausschuss.

(Fortsetzung von Seite 5)

Wie diese Gesellschaft zu verändern wäre

Lässt sie auf sich warten, geht die heutige Tendenz der „Entreicherung“ oder „Verarmung“ weiter, wird eine revolutionäre Situation die Chance für solcherart Reform zunichte machen. Nach

meiner Meinung bleibt nicht mehr allzu viel Zeit.

Ich möchte in der Folgezeit mit Artikeln in dieser Zeitung beginnen, Begriffe in ihrem ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Ich erinnere daran, dass im 19. Jahrhundert die Arbeiterbewegung in Deutschland mit dem von Ferdinand Lasalle gegründeten „Allge-

meinen Deutschen Arbeiter-Bildungsverein“ begann. Bildung tut uns heute not. Denn eine übermächtige, die Medien beherrschende Lobby verwirrt und ängstigt heute die Menschen mit Begriffen, die das klare Denken bewusst vernebeln.

Auf Wiederlesen!

Klaus Buschendorf

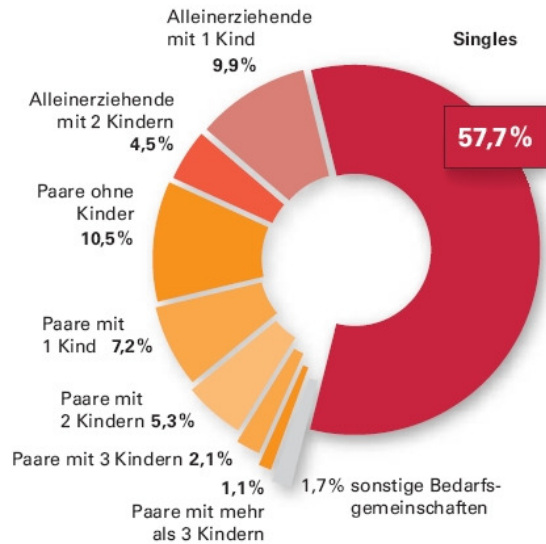
SUDOKU bei ALG II

(Pöbneck) Neben der OTZ (Ostthüringer Zeitung) gab es auch einen

kosten müssen vom Regelsatz bestritten werden und steigen stetig. Wie kann man aus dem Einkommen von rund 2000 •

ALG-II-Bezieher meist alleinstehend

Leistungen nach Hartz IV erhalten ...



einer Bedarfsgemeinschaft einen Stundenlohn von 12 Euro auf eine Person konstruieren? Würden die Eltern berufstätig sein, entspräche das einem Stundenlohn von unter 6 Euro. Zusätzlich würden sie Wohngehalt bekommen, auch Steuern und Kinderbetreuungskosten zahlen.

Auch das Rechenbeispiel der allein erziehenden Mutter stimmt nicht mit den gesetzlichen Regelungen überein. Denn des

Die eigentlich Benachteiligten der SGB II – Gesetzgebung sind all jene Mütter und Väter im Alter von ca. 40 bis 55 Jahren. Genau dieser Personenkreis hat - vor allem in den letzten Jahren der DDR - Kinder geboren und erzogen und dies neben dem Berufsleben oder Studium. Ein weiteres Manko ist z.B. die gesetzliche Förderung. Sie kommt für Jugendliche bis 25 und für ältere Arbeitslose ab 50 zum Tragen, nicht aber für das „Mittelalter“.

Die Medien sprechen beim ALG II das eigentliche Problem nicht an: Heutzutage müssen immer mehr Menschen als sogenannte „Aufstocker“ zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit ergänzendes ALG II beantragen. Das zeigt, dass der ALG II - Bezug abschreckend gestaltet ist. Angesichts dessen, sind die Löhne auf dem Arbeitsmarkt ins Bodenlose gefallen. Ziel der Kampagne gegen Missbrauch sind nicht Einsparpotentiale im ALG II, sondern zusätz-

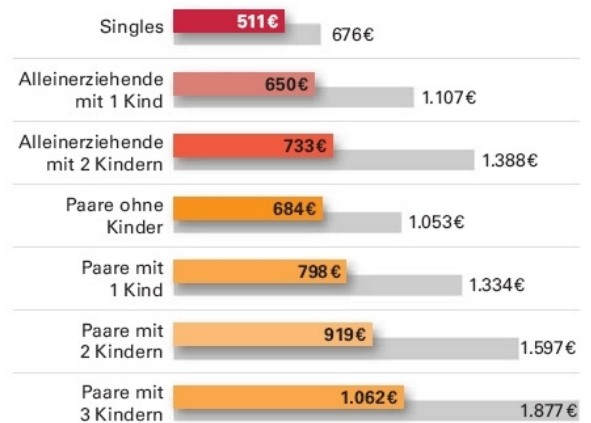
Artikel im Stern über das Leben vom ALG II. Mittlerweile wird Hartz schon mit Marx verglichen und dargestellt, dass es ja die Verwirklichung der Marx'schen Forderungen sei. Letztendlich verzichte der ALG II – Empfänger auf Arbeit, da er sein Leben finanziell auf die „staatlichen Zuschüsse“ einrichten könne, damit auch gut leben kann und reich wird. Auch die Talkmasterin Christiansen sprang auf und machte medial auf die Möglichkeit des 12 Euro Stundenlohnes eines Hartz IV – Empfängers aufmerksam, natürlich nur unter günstigsten Umständen. So geht es dann auch durch einen Berliner OTZ – Redakteur in unserer Heimatzeitung weiter. Jetzt „verdienen“ ALG II – Empfänger im günstigsten Falle bis zu 1932,50 Euro. Gemeint ist ein Familienvater mit Frau und 3 Kindern im Alter von 4, 12 und 15 Jahren. Rechnet man jetzt die Ansprüche der Bedarfsgemeinschaft auf ihre Mitglieder um, so kommen genau 386,50 Euro pro Person heraus. Von dieser Summe müssen noch die anteiligen Miet- und Heizkosten abgezogen werden. Unterstellen wir mal 500 Euro Mietkosten, dann wäre das rein rechnerische Einkommen 286,50 Euro und liegt somit unter dem gesetzlichen Regelsatz der erwachsenen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft von 298 Euro und die monatlichen Energie-

Erziehungsgeld von monatlich bis zu 300 Euro kann man nur bis zum 2. Geburtstag des Kindes erhalten.

Eine Beispielsrechnung wurde jedoch durch den Redakteur ausgelassen. Was ist mit all denjenigen, die keinerlei Leistungen bekommen, immerhin rund 15%? Warum muss z.B. ein Beamter dann die Krankenversicherung seiner Frau übernehmen? Warum werden diese Frauen und Männer im Bericht gleichgestellt mit übermäßig gut Verdienenden aus der Arbeitslosenhilfe, die spürbar weniger bekommen?

Nicht alle bekommen den vollen Satz

Durchschnittliche Nettoleistung und Regelanspruch*



* Maximalbeträge für Westdeutschland bei durchschnittlichen Unterkunftskosten, ohne Anspruch auf befristeten Zuschlag nach Auslaufen des ALG I, Kinder unter 14 Jahre; bei Alleinerziehenden sind Mehrbedarfzuschläge berücksichtigt
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, ISG, WSI 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

liche Gewinne der ansässigen Konzerne im Niedriglohnparadies Deutschland.

Simone Fichtmüller

Zahlen, Fakten und Stellungnahmen über einen angeblich hohen und ansteigenden Missbrauch beim ALG - II auch unter:

www.missbrauchsdebatte.owlgegensozialabbau.de



„Ich fühle mich auf der Arbeitsstelle wie im offenen Strafvollzug“,

beschwerte sich eine Frau beim Landrat.

(Angermünde) Vor fast zwei Jahren hat sie in ihrem Städtchen die Montags-Demonstrationen angekurbelt. Viele Erwerbslose und Rentner versammelten sich auf dem Marktplatz. Die Presse berichtete ausführlich und die Demonstranten fanden Vertrauen zu ihr.

In der Behörde dachten manche: Diese Frau ist politisch aktiv und stiftet Unruhe unter der Bevölkerung, deshalb geben wir ihr eine Entgeltvariante.

In der gleichen Entwicklungsgesellschaft sind auch 1 - Euro Jobber und Jugendliche auf Entgeltvariante beschäftigt. Von den Kopfprämien für die 1 - Euro Jobber wurde das Verwaltungsgebäude der örtlichen Filiale und besonders die Innenausstattung renoviert. Was dann noch übrig blieb, floss zum Hauptbetrieb.

Hier wird eine Töpferei beschrieben, die keine Arbeit anbietet, sondern nur die Bürger beschäftigt. Es wird nämlich viel mehr produziert als verkauft werden kann.

Die Frauen mit ihrer 1 - Euro - Aufwandsentschädigung sitzen an einem großen Tisch und stellen die Ware her. Die meiste Ware landet dann im Lager. Wenn das Lager voll ist, landet ein Teil der Ware auf dem Boden. Irgendwann landet davon wieder ein Teil im Müll.

Die Arbeitsbedingungen besonders im Winter waren oft unerträglich. Die Raumtemperatur betrug manche Tage nur 5 Grad, und von der Töpferei war die Luft feucht. Aber es musste ja gespart werden, deshalb wurden die Heizkörper zum Feierabend abgestellt oder stark reduziert. Die Arbeiter standen in den Werkstätten auf blanken Betonfußboden und der Ton war teilweise

durch die Feuchtigkeit verschimmelt.

Die Frau klärte ihre Kollegen auf und schrieb Widersprüche und Anträge für die Behörden. Das passte den Behörden und den Arbeitgebern überhaupt nicht. Diese Frau muss ruhig gestellt werden, dachten die Behörden. Deshalb folgten weitere Arbeitsverträge mit einer höheren Stundenzahl und mehr Geld. Aber die Frau ist nicht käuflich, deshalb wurde sie jetzt als Vorarbeiterin bei den 1 - Euro Jobbern eingestellt. Nun muss sie die Arbeiter selber in den Hintern trampeln, dieser Gedanke gefiel den Behörden.

Aber das Gegenteil passierte. Die Frau stand immer vor den Arbeitern und beschützte sie. Schon am frühen Vormittag schallten oft die Rufe der Chefin durch den Raum: Wer keine Lust hat zu arbeiten, der kann gehen und braucht auch nicht wieder zu kommen, schrie sie. Viele Arbeiter kamen und gingen, besser gesagt, sie mussten gehen. Es gab natürlich auch Tage, wo die Arbeit Spaß machte, aber das richtete sich immer nach den Launen der Chefin. Manche Tage sucht die Chefin direkt einen Grund und ein Opfer. Oft mussten Unschuldige darunter leiden.

Die Frau zählte schon die Tage, bis diese Maßnahme, die 1 Jahr andauert, endlich zu Ende ist. Ihr Körpergewicht betrug nur noch 45 Kilo. Sie war mit den Nerven schon vollkommen am Ende, als die Chefin kam und sagte, ab Morgen muss sie auf dem Friedhof arbeiten. Bei dieser Beschäftigungsgesellschaft muss man nämlich flexibel sein. Jeder kann von heute auf morgen bei einem anderen Objekt, das auch noch zu diesem Betrieb gehört umgesetzt werden. Sie hat aber gesundheitliche Probleme, was die Behörden und auch der Arbeitgeber wussten. Auch die Ärzte sind der Meinung, dass sie eine vorwiegend sitzende Arbeit be-

nötigt. Der Arbeitgeber und die Behörden nahmen darauf keine Rücksicht. Jetzt ist die Frau krankgeschrieben und beschwerte sich beim Landrat.

Sie erwähnte den unmenschlichen Umgang mit den Arbeitern und dass viel zu viele eine sinnlose Arbeit verrichten müssen. Außerdem verglich sie diese Arbeit mit einem offenen Strafvollzug. Daraufhin wurde schon die erste Kontrolle durch den Landrat und die Vorsitzende der Arbeitsagentur für Arbeit (Landkreis) durchgeführt.

Die Frau weiß, was im Grundgesetz der Bundesrepublik steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Artikel 1)

Birgit Kühn

Das Geheimnis für 109 Jahre:

Morgens nur Haferflocken
mit Milch.



Die Bundesgesundheitsministerin:

Ab sofort sind Haferflocken
rezept- und apothekenpflichtig!

“Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!”

Wir sind keine Äpfel - wir sind Menschen mit Verstand und konstruktiver Wut

(Gröditz) “Der Markt für die Ware Arbeitskraft unterscheidet sich nicht vom Markt für Äpfel. Das mag man beklagen, aber so ist es. Realistischer Weise gibt es keine Alternative zu einem Wirtschaftssystem, bei dem die menschliche Arbeitskraft nach den Regeln der Märkte getauscht wird und sich ein Lohnsatz ergibt, der Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringt.”

(Quelle: H.W. Sinn “Ist Deutschland noch zu retten” 2. Aufl. München 2003 S. 119)

Wenn wir die Feststellung dieses Zeitgenossen verinnerlichen, kommen wir zu dem Schluss, dass wir, die Erwerbslosen, für diese “wissenschaftlich-politischen Denker und Vordenker” unserer Zeit nur noch faule Äpfel sind, die aussortiert werden müssen!

Diese Gedanken werden zunehmend von neuen Zeitdokumenten belegt!

Dies beginnt mit:

Franz Müntefering, Bundesminister – Mitglied des Deutschen Bundestages:
“Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende;
Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (Optimierungsgesetz)“
Berlin, 27. April 2006, Kabinettsache – Datenblatt-Nr.: 16/11039

Geht weiter mit der:

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Fortentwicklungsgesetz der Bundesregierung “Kommunale Spitzenverbände zum Fortentwicklungsgesetz der Bundesregierung, Fehlanreize bei Hartz IV abbauen – Kosten reduzieren – Leistungsrecht überprüfen und an der früheren Sozialhilfe orientieren”
Pressemitteilung - 03.Mai 2006

Wird untermauert mit der:

Berichterstattung des Herrn Karl Diller – Parlamentarischer Staatssekretär - an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Herrn Otto Fricke:
Berichts-anforderung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
„Einsparung der Länder im Rahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt.“
Bericht der BMAS v. 31. März 2006

Und wird natürlich kombiniert mit dem:

“Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetz” – Drucksache 16/1028 v. 23.03.06
Beschlussfassung im Bundesrat am 19.05.06

Sowie ergänzt mit der:

Verschärfung der Prozesskostenhilfeverordnung, die auf Antrag der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg in das so genannte „**Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz**“ umgewandelt werden soll!
(Quelle: ND. v. 6./7. Mai 2006)

Eine Übersicht mit Downloads zu den oben zitierten Dokumenten findet man bei BAG-SHI unter
<http://www.bag-shi.de/sozialpolitik/arbeitslosengeld2>.

Werte Leser unserer Zeitung „Artikel Eins“, diese oben aufgeführten Gesetzesvorlagen der neoliberalen Großen Koalition belegen alle übereinstimmend, dass die Armen und Schwachen, nämlich wir, die ALG II-Empfänger, die erwerbslosen Sozialgeldempfänger, ja auch die prekär Beschäftigten mit ALG II-Unterstützung in dieser unserer Gesellschaft keinerlei Lobby haben.

Wir werden dazu verdonnert, die Lasten derer zu tragen, die ihnen bei ihrem Profitstreben hinderlich sind! Das können und dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Entfachen wir die Flamme der konstruktiven Wut und des Widerstandes in unserem Land!

Zusammen mit kompetenten Partnern möchte ich in den weiteren Ausgaben unserer Zeitung im Geist einer freien Presse, über die Sozialpolitik dieser Republik und der sie begleitenden Gesetze informieren. Los geht's in der nächsten Ausgabe konkret mit dem so genannten “Optimierungsgesetz”! Die anfangs zitierten Dokumente liegen mir im Originaltext vor.

Wolfram Vorwerk



Die geplante Absenkung
des ALG2 auf 225 Euro
wäre für viele das Ende,
dazu darf es nicht kommen!
Widerstand jetzt!
**Sofortiger Stop der
ALG2 Kürzungen!**

Die Hartz IV - Optimierung mit dem „Fortentwicklungsgesetz“

(Görlitz) Anfang Mai wurde das Optimierungsgesetz, das nun den offiziellen Namen „Fortentwicklungsgesetz“ trägt, im Kabinett durch die Schwarz-Rote Koalition beschlossen. Den Ausschlag für diese Gesetzesän-

derungen schenkte die flächendeckende Durchsetzung, Löhne von 3 Euro die Stunde und darunter sind längst Realitäten. Mini- und 1-Euro-Jobs machen den Rest: Der Geldfluss in die Sozialkassen ist durch diese Arten von Arbeit nicht

erhalten. Abschrecken ist das Kalkül. Damit soll auf die Erfahrungen der sog. Kölner, Lübecker, Mannheimer Modelle zurückgegriffen werden, mit denen 30 % der Erstantragsteller abgeschreckt wurden. Hintergrund dazu: Anordnung der Verfolgungsbetreuung

- * Drastische Verschärfungen bei Sanktionen. Wenn das zweite Mal innerhalb eines Jahres eine Pflichtverletzung vorliegt, führt dies zu einem Abzug von 60 % und mit sofortiger Wirkung hinunter bis in die Unterkunftskosten.
- * Umkehrung der Beweislast bei der eheähnlichen Gemeinschaft. Hier will die Regierung ihr Rollback gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und diverser Sozialgerichte weiter forcieren.
- * Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zum weiteren Ausspähen von SGB-II-Beziehern.
- * Verankerung eines Außendienstes zur Durchführung von Hausbesuchen als institutionelle Organisationseinheit eines jeden Leistungsträgers.
- * Reduktion der Unterkunftskosten auf die bisherigen Kosten, wenn ohne Zustimmung des Leistungsträgers umgezogen wurde.

Existenzsichernde ALG-II-Leistungen sollen dauerhaft nur noch für die „wirklich Bedürftigen“ gezahlt werden. Das heißt, „arbeitsfähige“ Leistungsbezieher sollen gekürzte Regelleistungen erhalten, um so „einen Anreiz zur Aufnahme niedrig entlohnter Tätigkeiten zu schaffen“.

So passt eins ins andere. Der weitere flächendeckende Ausbau des Niedriglohnsektors wird mit dieser Gesetzgebung hervorragend vorangetrieben. Durch das „Aushungern“ der arbeitsfähigen SGB-II- Leistungsbezieher wird auch dann der Letzte jeden Job annehmen müssen, um nicht obdachlos zu werden.

In fast jedem Bereich wird bei unseren europäischen Nachbarn geschaut. Das halte ich für einen Fehler, da jedes Land sein eigenes (soziales) Konzept

(Fortsetzung auf Seite 11)



(c) Zeichnung Thomas Plafmann

derung sind die angeblich aus dem Ruder laufenden Kosten. So zumindest wurde bisher immer argumentiert. Die Lobby der Neoliberalen und der Wirtschaft empfehlen mit ihren so genannten „Experten“, wie Prof. Sinn und Co, eine weitere Senkung der Sozialausgaben. „Deutschland kann sich diesen Sozialstaat nicht mehr leisten“, so ihre Aussagen. Unerwähnt lassen sie allerdings, dass die Gewinne der Unternehmen und Konzerne in unvorstellbare Höhen angestiegen sind. Nur soviel: Deutschland war 2005 auch „Exportweltmeister“. Viele deutsche Unternehmen zahlen nur geringe oder gar keine Steuern und entziehen sich somit ihrer Verantwortung, unser Sozialstaatsmodell aufrecht zu halten. Große Konzerne leisten sich ganze Heerscharen von Steuerberatern und -experten, die selbst das kleinste Schlupfloch in der deutschen Steuerpolitik aufspüren - und es gibt eine Vielzahl solcher Schlupflöcher. Die immer wieder von Wirtschaftslobby und Politikern vorgetragenen Argumente wie „die Arbeit in Deutschland ist zu teuer.“ kann man nicht mehr hören! Die Wahrheit sieht anders aus. Der Niedriglohnsektor hat sich im deut-

gegeben – das Sozialsystem kollabiert. Da braucht man schon ein „Optimierungsgesetz“, um die Ärmsten der Armen noch mehr demütigen und den Rest der Arbeitnehmerschaft exzellent erpressen zu können. Löhne sinken. Natürlich gibt es auch Unternehmen, die dem täglichen Überlebenskampf bis zur Selbstaussbeutung ausgesetzt sind. Man denke an all die kleinen Unternehmen der Bau- und Dienstleistungsbranche oder der neu entstandenen „Ich-AGs“. Gerade solche Unternehmen waren in der Vergangenheit Arbeitsplatzgaranten. Nun zählen sie selbst zu den Verlierern der Agenda 2010 und der Hartz IV-Gesetzgebung.

Was aber ändert sich nun mit der Aktualisierung des SGB II? Wegen der Komplexität der gesamten Neuerungen werden hier nur die wichtigsten Punkte aufgeführt.

- * Regelung „Sofortangebot für Kunden ohne bisherigen Leistungsbezug“. Potentiellen Antragstellern soll schon im Vorfeld eine „Maßnahme“ angeboten werden, bevor sie einen Antrag ausgehändigt bekommen, geschweige denn Leistungen

Hartz IV und Enteignung II

(Bielefeld) In unserer ersten Zeitungsausgabe habe ich über die „tendenzielle Enteignung“ des Häuslebesitzers durch die sog. Erbenhaftung geschrieben. Auch die zukünftige Absenkung des „Schonvermögens“ habe ich dort angesprochen. Angeblich trifft das ab 1. August ja nur eine Minderheit von „weniger als 10.000 Bedarfsgemeinschaften“. Ich möchte mich hier nicht über diese zum Nichts hin tendierenden Freibeträge auslassen, sondern einfach mal darüber philosophieren, wo dieses „Ersparte“ (in doppeltem Sinn!) bleibt oder hingehen könnte. Die explodierenden Kosten wurden schon von einigen, die nachgerechnet haben, widerlegt, u. a. von Arbeitsminister Müntefering höchstpersönlich, und zwar am 1. Juni im Bundestag: „... Ich will damit nur klarstellen: Was die Ent-

wicklung der Kosten im Bereich des Arbeitslosengeldes II angeht, so ist auch dies unter Kontrolle. An dieser Stelle findet keine Kostenexplosion statt.“ Also, was nun? Wofür oder besser für wen muss auf einmal soviel Geld „locker“ gemacht werden? Die „Gemein-Nützigen“ haben sich auf jeden Fall schon an die lukrativen Nebeneinnahmen durch die 1-Euro-Jobber gewöhnt und lechzen nach Fortsetzung und/oder mehr. Das konnte man aus der zusammen mit AWO-, Diakonie- und DRK-Vertretern, „passgenau“ lancierten „Persönliche(n) 17.05.2006 Erklärung zur Reform des Sozialgesetzbuches II (SGB II)“ der Kommunen eindeutig herauslesen! Da bekommen die Kampagnen „für“ Langzeitarbeitslose 50plus oder 50Gold gleich den richtigen Inhalt! Auch die Herren Hundt & Co drän-

gen schon fordernd auf den Ablass wie weiland der Papst in Rom: Kapital „kombi“-niert mit Humankapital.

Und das End vom Lied?: „Reiche“ Arbeitslose subventionieren nicht nur die Arbeitsplätze der Arbeitgeber, sondern auch die der „armen“ arbeitslosen Kollegen. Als Spendenquittung gibt's den Ablehnungsbescheid der ARGE bzw. Optionskommune. Bei soviel organisierter Mitmenschlichkeit kommen mir die Tränen!

„Die ‘Erhöhung des Ausbeutungsgrades’ ist und bleibt das eigentliche Ziel und zugleich der am tiefsten zu versteckende Inhalt aller ‘Reformpolitik’“ (Zitat nach Ton Verkamp aus Werner Rügemer: „Privatisierung in Deutschland“ 2006).

Leonore Natale

(Fortsetzung von Seite 1)

Demonstration mit vielen Menschen, ...

oder schlicht ausgeblendet.

Die nächsten Schritte der Sozialproteste sollten in die Richtung weisen, dass das Bündnis zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen enger wird. Trotz gegenteiliger Darstellung in den Medien ist es im Interesse der Erwerbstätigen, egal ob Minijob, An-

gestellte oder kleine Selbstständige, dass der Druck auf die Löhne abnimmt. Die demütigende Hartz - Bürokratie hat die Angst vor Arbeitslosigkeit so ungeheuerlich erhöht, dass viele Menschen mit Arbeitsplatz aufgrund von Hungerlöhnen schon ergänzende ALG – II - Leistungen beantragen müssen. Und bei den Gewinnen werden daraus zweistellige Zuwachsraten.

Diese Zusammenhänge werden immer mehr Menschen bewusst, so dass

die Zeichen für einen Herbst mit breiten und druckvollen Kampagnen für einen Mindestlohn stehen. Und auch Massenmobilisierungen sollten wieder möglich werden.

Die Sozialproteste werden sich dabei nach wie vor an ihren Forderungen für eine solidarische, auch internationale Gesellschaft orientieren: Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und Grundeinkommen.

Edgar Schu

(Fortsetzung von Seite 10)

Die Hartz IV - Optimierung mit dem ...

besitzen muss. So steht im deutschen Grundgesetz, dass Deutschland ein sozialer Staat ist und die soziale Marktwirtschaft betreibt. Unsere Regierung und auch unsere Wirtschaft entfernen sich immer weiter von diesem Gesetz, das von unseren Vätern und Müttern zum Gelingen eines besseren Deutschland erschaffen wurde. Die Vermutung, dass die heutige Politik von Korruption und Wirtschaftslobbyismus überschattet ist, hat mit dem gigantischen Sozialabbau, der die letzten Jahre betrieben wurde, wohl oder übel Bestand.

Können wir uns dagegen wehren? Natürlich, solange noch ein wenig

Demokratie ausführbar ist. Wir können dies bei politischen Wahlen mit dem Kreuz an der richtigen Stelle, wir können uns zum öffentlichen Protest vereinen, wir können uns mit unseren Erfahrungen an die Presse wenden, wir können vorhandene Strukturen der Arbeiterbewegung nutzen – hier sind die Gewerkschaften angesprochen, die in den letzten Jahren auch ihr Verhältnis zur arbeitslosen Bevölkerung positiv geändert haben. Die Macht des Kapitals ist nur so groß, wie wir es selbst zulassen. Ohne eine positive Einstellung der Bevölkerung zum Kapital, ist es letzten Endes nichts wert! Nicht der Konzernboss schafft die Werte und vermehrt das Kapital, sondern immer nur die arbeitende Bevölkerung, der Konzernboss verwaltet diese nur!

Lassen wir – Arbeitnehmer und Ar-

beitgeber, Arbeitslose und Rentner - uns nicht weiter an der Nase herumführen und einen “Bären nach dem anderen aufbinden”, handeln wir, damit solche Gesetze nicht die Normalität werden! Eines sollte uns bei aller Arbeitslosigkeit und allem Niedriglohn bewusst sein, es wird auch in der Zukunft nicht mehr Jede/r einen “normalen” Arbeitsplatz ergatteren können, daher ist es wichtig, ein bedingungsloses und ausreichendes Grundeinkommen für Jedermann zu schaffen. Nur so kann soziale Gerechtigkeit und Solidarität in der Bevölkerung wiederhergestellt werden. Anknüpfend an den neoliberalen Spruch “Du bist Deutschland!” möchte ich mit den Worten schließen:

“Zeigen wir, dass wir Deutschland sind!”

Uwe Birkner

Lieber Arm dran, als Bein ab.

(Fürstenwalde) Willkommen in der Welt von Verlogenheit und Heuchelei! Wir Erwerbslosen werden trotzdem die Wahrheit aussprechen. Hartz-IV-Empfänger sind die Wurzel allen Übels, so wird uns weisgemacht. Über Nacht, wer hätte das gedacht, kommen neue Milliardenlöcher zum Vorschein! Das Ganze kurz vor Angleichung der Hartz-IV-Regelleistung zwischen OST und WEST. Nicht umsonst stellt sich Herr Müntefering auf einmal so fürsorglich. Da ist Planung drin. Gezahlte Löhne von 3,50 bis 4,00 Euro erst jetzt als sittenwidrig zu bezeichnen, hat nichts mit Realitätsverlust zu tun. Sie dienen der vordergründigen Behauptung, Hartz-IV-Empfänger hätten eigentlich zu viel Leistung bezogen und das wäre auch jetzt noch so. Es stimmt doch, glauben Müntefering und Merkel, dass der faule Sack es sich gemütlich macht in seinem Nest. Um zu leben arbeitet er nebenbei etwas schwarz und fährt im Sommer in den Harz.

Wenn es so wäre, dass kürzere Arbeitszeiten den Job kosten und längere ihn erhalten, dann frage ich den alten angeblich so weisen Herrn Sinn: "Wo steckt da die Wahrheit?" Die neuen Länder müssten einen Boom erleben! In Wirklichkeit erreichen die Arbeitslosenzahlen astronomische Höhen, dass man nur noch stöhnen kann. In Bayern, Baden Württemberg und Hessen wie auch in Rheinland Pfalz arbeitet man 35 bis 38 Stunden pro Woche, bekommt mehr Lohn und hat weniger Arbeitslose. Irgendwas ging im Osten in die Hose. Die fehlende Produktivität sei schuld daran, so hieß es früher, und die Folgeschäden aus der DDR machten angeblich eine Angleichung schwer. Jetzt weiß man davon nichts mehr und lobt plötzlich die Flexibili-

tät. Es ist schon erstaunlich, wie schnell sich Meinung ändern kann.

Der wahre Kostenfresser des Hartz-Desasters ist der so genannte aufgestockte Lohn, in einem "SOZIALSTAAT" der blanke Hohn. In 19 Staaten der EU gibt es Mindestlohn. In einem Staat, in dem Schmarotzer und

Land und Bund. Das ist schon ein dicker Hund. Wo waren denn die Damen und Herren in den letzten Jahren? Bei so viel Verlogenheit platzt einem schon der Kragen! Herr Westerwelle spricht von Wahlbetrug, upps, der Mann ist klug. 2002 gab es deswegen einen Wahllügenuntersuchungsausschuss, eingefordert von der CDU/CSU. Heu-



Es könnte gleich sehr laut werden!

'DHZ'-Karikatur: Haitzinger

Parasiten wohnen und Unternehmer am Hungertuch nagen, da kann es keiner wagen, Mindestlohn einzuführen. Schließlich hat doch unser Finanzminister in Brüssel ein Versprechen gegeben, nämlich den Stabilitätspakt nicht mehr zu brechen. Das funktioniert aber nur mit Marktwirtschaft pur. Wir befinden uns auf dem Weg zum Nachtwächterstaat, in dem keiner mehr Rechte hat.

Am 19.05. wurde im Bundestag die Anhebung der Mehrwertsteuer um satte 3% beschlossen, begründet mit der Lage der Haushalte von Kommunen,

te würden sie das nicht mehr machen, weil sie sonst selbst bei einem noch viel größeren Wahlbetrug gemeinsam mit der SPD ertappt würden.

Das Fazit aus dieser Misere: das Parlament ist zum Vasallen von BDI, BDA und DIHT verkommen, was soviel wie "Demokratie adé" heißt. Und da, wo kein sozialer Friede ist, bilden sich braune Triebe. Gleichgültigkeit und Ignoranz, Verlogenheit und Arroganz breiten sich dann wie Mehltau übers ganze Land.

Lutz Bohn

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Birgit Kühr, Leonore Natale, Margit Marion Mädler, Simone Fichtmüller, Mechthild Gruber, Detlef Müller, Edgar Schu, Frank Eschholz, Lutz Bohn, Uwe Birkner, Klaus Buschendorf, Rainer Thiel, Wolfram Vorwerk, Volker Pöschel, Ottokar Luhn, ABSP (V. i. S. d. P.)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.de.vu>

zur Verfügung.

Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten.

Kontakt:

ArtikelEins@aol.com

Druck:

Selbstdruck

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

20.07.2006